

| BZ BERNER ZEITUNG **Region**

Für eine Sans-Papiers riskiert sie einen Konflikt mit dem Gesetz

Wer eine Person ohne gültige Aufenthaltsbewilligung bei sich wohnen lässt, muss mit einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen. Die Geschichte einer Frau, die dieses Risiko in Kauf nimmt – aus Solidarität mit einer jungen Tibeterin.

Mittwoch 21. August 2019 06:00 von Edith Krähenbühl



Seit Karin Meier (links) eine junge Sans-Papiers beherbergt, ist auch sie froh um die Rechtsberatung von Marianne Kilchenmann.

(Bild: Raphael Moser)



Edith Krähenbühl

Sie zieht die Kapuze tiefer ins Gesicht und wendet sich ab. «Geht es so?», fragt sie den Fotografen. Der macht ein Bild, betrachtet es und sagt: «Ja, so sind Sie nicht zu erkennen.» Die Frau, die fragt, sie soll hier Karin Meier heissen, sitzt im Büro der Beratungsstelle für Sans-Papiers in Bern.

Mit der Kapuze schützt sie nicht nur sich selbst, sondern auch Tashi. Die junge Frau wohnt bei ihr, irgendwo im Kanton Bern. Wegen Tashi – auch sie heisst eigentlich anders – muss in dieser Geschichte vieles offenbleiben. Sie ist beim Gespräch nicht dabei, denn sie lebt ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz – als sogenannte Sans-Papiers.

Diesen Sommer hat Carola Rackete die Frage, wann Hilfe menschliche Pflicht und wann eine Straftat ist, an Stammtische und auf Frontseiten gebracht. Die deutsche Kapitänin hat Anfang Juli mit einem Rettungsschiff mit Migranten an Bord im Hafen von Lampedusa angelegt. Damit hat sie das italienische Gesetz gebrochen, das Verfahren gegen sie läuft noch.

Asylgesuch abgelehnt

Wer hierzulande jemandem in einer Notsituation einen Hafen bietet, verstösst gegen Artikel 116 des Schweizer Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG). Einer Ausländerin oder einem Ausländer die rechtswidrige Ein- oder Ausreise oder den rechtswidrigen Aufenthalt zu erleichtern, kann mit einer Geld- oder einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden.

«Rede wi druckt»: Der Podcast zum Thema: Autorin Edith Krähenbühl erklärt, weshalb sie den Protagonisten ihrer Geschichte falsche Namen gegeben hat.

Karin Meier nimmt dieses Risiko auf sich. «Tashi darf nicht hier sein, aber ausreisen kann sie auch nicht. Ich biete ihr in dieser ausweglosen Situation eine Verschnaufpause, die Möglichkeit, zur Ruhe zu kommen», sagt sie.

Tashi reiste im Teenageralter mit gefälschten Identitätspapieren aus Tibet aus. Echte hat sie nach eigenen Angaben nie besessen. In der Schweiz wurde sie als unbegleitete Minderjährige ins Asylverfahren aufgenommen. Seit einem Bundesgerichtsurteil von 2014 müssen Geflüchtete tibetischer Ethnie beweisen, dass sie direkt aus Tibet stammen und nicht in Nepal oder Indien im Exil gelebt haben, um als Flüchtling anerkannt zu werden.

Tashi konnte dies laut Urteil des Staatssekretariats für Migration (SEM) nicht, ihr Asylgesuch wurde abgelehnt. Die Schweiz schafft jedoch niemanden nach China aus, da den Betroffenen Repressionen drohen. Ohne Papiere ist es Tashi aber auch nicht möglich, freiwillig aus der Schweiz auszureisen.

Damit ist sie nach Angaben der Tibetischen Sans-Papiers-Gemeinschaft Schweiz eine von knapp 300 Tibeterinnen und Tibetern, die sich illegal in der Schweiz befinden. Die meisten von ihnen leben von Nothilfe. Könnte Tashi nicht bei Meier wohnen, bliebe ein Leben im Mehrbettzimmer einer Asylunterkunft, auf unbestimmte Zeit, ohne Perspektive.

«Für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass man jemanden abweisen kann, im Wissen darum, dass eine Ausschaffung nicht möglich ist. Tashi kann nirgends hin.» Karin Meier, die bis hierhin sachlich erzählt hat, wirkt jetzt aufgebracht. Anders als das SEM glaubt sie der jungen Frau. «Selbst wenn Tashi nicht aus Tibet kommen würde, dann hätte sie ihre Gründe, dass sie es so erzählt. Man geht als Teenager nicht von zu Hause weg, wenn die Situation nicht ganz schwierig ist.»

«Nicht nur Altruismus»

«Es ist nicht nur Altruismus», hält Meier fest. Sie war auf der Suche nach einer Mitbewohnerin, als ihr eine Freundin von Tashi erzählte. Sie bot ihr ein Zimmer an. «Dass Tashi keine Papiere hat, war für mich kein Hinderungsgrund.»

Die junge Tibeterin hat Deutsch gelernt und übernimmt ein «Ämtli» im Haushalt. Karin Meier ist berufstätig, hat einen Partner, pflegt Freundschaften. Auch Tashi habe ihre eigenen Bekannten. Ihr Fixpunkt ist das gemeinsame Abendessen. «Tashi ist ein Mensch, der viel hat, was mir fremd ist. Sie riecht anders, isst anders. Sie geht anders mit Zeit um», sagt Meier.

Doch gerade diese Verschiedenheit führe immer wieder zu interessanten Gesprächen. Tashi bemühe sich, niemanden zu brüskieren. Und Meier selber habe lernen müssen, sie nicht zu bemuttern. «Selbst wenn man mit einem Menschen zusammenlebt, der in so einer Situation ist, ist es unvorstellbar, wie schwierig das sein muss.»

Wie lange das Zusammenleben dauern wird, weiss niemand. Sie versuche zwar, sich nicht zu fest an Tashi zu gewöhnen, sagt Meier, aber auch: «Ich habe sie einfach gern.»

Differenzierung fehlt

«Die Frage, «Kann ich bestraft werden?», begleitet uns seit Jahren», sagt Marianne Kilchenmann von der Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers. Seit vierzehn Jahren setzt sie sich für Menschen ein, die ohne gültige Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz leben. Immer wieder erhält sie Anfragen, die eine Beherbergung betreffen.

Sie ist froh, dass sich jemand wie Karin Meier von Artikel 116 AIG nicht abschrecken lässt. «In manchen Notsituationen könnten wir nicht helfen, wenn es nicht immer wieder Menschen geben würde, die bereit sind, eine strafrechtliche Verfolgung zu riskieren.»

«In manchen Notsituationen könnten wir nicht helfen, wenn es nicht Menschen geben würde, die bereit sind, eine strafrechtliche Verfolgung zu riskieren.» Marianne Kilchenmann, Beraterin bei der Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers

Im Kanton Bern wurden letztes Jahr gemäss Kriminalstatistik 61 Personen wegen Förderung der rechtswidrigen Ein- oder Ausreise oder des rechtswidrigen Aufenthaltes von Ausländerinnen und Ausländern verurteilt. Wie viele Personen das Delikt aus Solidarität begangen haben, ist der Statistik nicht zu entnehmen.

Artikel 116 AIG wurde ursprünglich zur Bekämpfung der Schlepperei eingeführt, wird aber auch bei sogenannten Solidaritätsdelikten angewandt, da eine Differenzierung fehlt (siehe [Interview mit](#)

[Professor Martino Mona](#)). Das empfohlene Strafmass reicht von einer Busse ab 200 Franken für leichte Fälle bis zu Geldstrafen von 20 bis 60 Tagessätzen à 10 bis 3000 Franken, je nach Einkommen der Täterschaft. Dazu kommt ein Eintrag ins Strafregister.

«Wenn ich für mein Engagement bestraft würde, käme ich mir wahnsinnig ungerecht behandelt vor. Auch wenn ich verstandesmässig weiss, dass ich ein Unrecht begehe.» Karin Meier wirkt jetzt wieder ruhig. Sie halte es für ihre Aufgabe, in diesem Fall zivilen Ungehorsam zu leisten. Einer der Gründe sieht sie in ihrer eigenen Lebensgeschichte.

«Wenn ich bestraft würde, käme ich mir ungerecht behandelt vor. Auch wenn ich verstandesmässig weiss, dass ich ein Unrecht begehe.» Karin Meier

Eines ihrer Kinder ist an einer Krankheit gestorben. «Ich bin dankbar, dass mich dieser Schicksalsschlag nicht verbittert hat.» Wenn man so etwas erlebt habe, steige die Bereitschaft, Risiken auf sich zu nehmen, sagt Karin Meier. «Ein Strafregistereintrag ist nicht mehr das Schlimmste, was mir passieren kann – und ich habe noch Platz in meinem Herzen.»

Ausgang bleibt ungewiss

Für Meiers Teil an dieser Geschichte gibt es möglicherweise eine Lösung: Im Moment ist die längerfristige Beherbergung von Sans-Papiers gemäss Rechtssprechung verboten. Doch die grüne Genfer Nationalrätin Lisa Mazzone hat im September 2018 eine parlamentarische Initiative eingereicht. Sie fordert, Artikel 116 AIG so anzupassen, dass Personen, die Hilfe leisten, sich nicht strafbar machen, wenn sie dies aus achtenswerten Gründen tun.

Amnesty International unterstützt das Anliegen mit einer Petition. Zudem haben zum Weltflüchtlingstag im Juni 116 Anwältinnen und Anwälte aus der ganzen Schweiz eine Erklärung unterzeichnet, in der sie die Richterinnen und Richter in den Kantonen auffordern, Verfolgung und Verurteilung von Solidaritätsdelikten einzustellen. Wird Mazzones Initiative angenommen, hat Karin Meier von rechtlicher Seite her nichts mehr zu befürchten.

Tashis Aussichten sind ungleich schlechter. Zwar gibt es für Asylsuchende nach fünf Jahren ununterbrochenem Aufenthalt in der Schweiz die Möglichkeit, beim Kanton ein Härtefallgesuch einzureichen. Diese Regelung gilt auch für Personen, deren Asylgesuch rechtskräftig abgelehnt wurde. Im letzten Jahr wurden im Kanton Bern sechzehn solche Gesuche gutgeheissen, vier abgelehnt.

Ob ein Härtefallgesuch für Tashi ein Ausweg aus der Illegalität sein könnte, ist zurzeit nicht klar. Bis jetzt war es ihr nicht möglich, die nötigen Identitätspapiere aus Tibet zu besorgen. Diese widersprüchliche Lage muss Tashi Tag für Tag aushalten. Seit sie Karin Meier getroffen hat, ist sie damit nicht mehr allein.

Die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers lädt am Samstag, 24. August, zu einem Stadtrundgang zum Thema. Mehr Informationen unter [sanspapiersbern.ch](https://www.sanspapiersbern.ch).